

Dobischat, Rolf; Düsseldorf, Karl

Transformation der Berufsbildung in den neuen Bundesländern. Prozesse, Strategien und Leitbilder einer unvollkommenen Modernisierung

Harney, Klaus [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: *Beruf und Berufsbildung. Situation, Reformperspektiven, Gestaltungsmöglichkeiten.* Weinheim u.a. : Beltz 1999, S. 101-120. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 40)



Quellenangabe/ Reference:

Dobischat, Rolf; Düsseldorf, Karl: Transformation der Berufsbildung in den neuen Bundesländern. Prozesse, Strategien und Leitbilder einer unvollkommenen Modernisierung - In: Harney, Klaus [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: *Beruf und Berufsbildung. Situation, Reformperspektiven, Gestaltungsmöglichkeiten.* Weinheim u.a. : Beltz 1999, S. 101-120 - URN: urn:nbn:de:01111-opus-85120 - DOI: 10.25656/01:8512

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-opus-85120>

<https://doi.org/10.25656/01:8512>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

40. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

40. Beiheft

Beruf und Berufsbildung

Situation, Reformperspektiven, Gestaltungsmöglichkeiten

Herausgegeben von Klaus Harney und Heinz-Elmar Tenorth

Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen oder sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG Wort, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 80336 München, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1999 Beltz Verlag · Weinheim und Basel
Herstellung: Klaus Kaltenberg
Satz: Satz- und Reprotechnik GmbH, Hemsbach
Druck: Druckhaus „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza
Printed in Germany
ISSN 0514-2717

Bestell-Nr. 41141

Inhaltsverzeichnis

KLAUS HARNEY / HEINZ-ELMAR TENORTH	
Beruf und Berufsbildung – Zur Einleitung in das Beiheft	7
 <i>Form und Diskurs der Berufsbildung</i>	
HERMANN LANGE	
Die Form des Berufs	11
CHRISTINE MAYER	
Entstehung und Stellung des Berufs im Berufsbildungssystem	35
FLORIAN KREUTZER	
Beruf und Gesellschaftsstruktur. Zur reflexiven Institutionalisierung von Beruflichkeit in der modernen Gesellschaft	61
SYLVIA RAHN	
Der Doppelcharakter des Berufs. Beobachtung einer erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Debatte	85
 <i>Steuerung und Reproduktion des Berufsbildungssystems</i>	
ROLF DOBISCHAT / KARL DÜSSELDORFF	
Transformation der Berufsbildung in den neuen Bundesländern	101
JÖRG STENDER	
Kriterien der individuellen und betrieblichen Ausbildungsbeteiligung. Befunde der Forschung und Konsequenzen für politische Steuerung	121
MARTINA WEGGE / HAJO WEBER	
Steuerung in der Berufsbildung – zwischen Regulation und Deregulation .	137
URSULA BACKES-GELLNER	
Zur Notwendigkeit einer öffentlich institutionalisierten Berufsbildung . . .	157
FRIEDEMANN STOOS	
Der Arbeitsmarkt der Berufsbildung.	171

Berufsbildung im internationalen Vergleich

THOMAS DEISSINGER

Beruflichkeit als Zusammenhang – ein Vergleich mit England 189

UTE CLEMENT

Die transnationale Kommunizierbarkeit des Berufs.

Verständigungsprobleme im globalen Dorf 209

Berufsbildung im Lebenslauf – zwischen Betrieb, Schule und Weiterbildung

WALTHER MÜLLER-JENTSCH

Berufsbildung – eine Arena industrieller Beziehungen? 233

DIETER EULER

Lernortkooperation in der beruflichen Bildung – Stand und Perspektiven

aus Sicht wirtschaftspädagogischer Forschung 249

KLAUS HARNEY / MARKUS WEISCHET / SABINE GESELBRACHT

Der Beruf als Input der Weiterbildung 273

DIRK KONIETZKA

Beruf und Ausbildung im Generationenvergleich 289

Transformation der Berufsbildung in den neuen Bundesländern

*Prozesse, Strategien und Leitbilder einer unvollkommenen
Modernisierung*

1. Einleitung

Den Prozeß der Transformation der Berufsbildung in den neuen Bundesländern zu beschreiben und zu analysieren, um Aussagen über eine am Beruf und an berufliche Anforderungen gekoppelte Rationalität der inszenierten Veränderungen treffen zu können, zwingt in fast unangemessener Weise zu Beschränkungen: Einerseits müßten die Erfahrungen und Perspektiven der Individuen, der Wirtschaftsakteure (Betriebe, Korporationen, Institutionen), die Perspektiven der Gesellschaft als kulturelle und soziale Einheit (Nation) und nicht zuletzt die Perspektiven der die Transformation vorantreibenden politischen Akteure berücksichtigt werden. Andererseits wäre auch die ideologische Funktion der Transformation und ihre ideologiebildende, reformresistente und strukturkonservative bildungspolitische und bildungssystembezogene Bedeutung zu behandeln, weil im Prozeß der Veränderung „der Beruf“ als Orientierungsmuster überhaupt nicht qualifiziert zum Ausdruck kommt. Zusätzlich müßten die erwähnten Perspektiven dann auch noch für die alten und neuen Länder unterschieden werden, denn es liegt auf der Hand, daß hier je unterschiedliche Ausgangslagen, Optionen, Erwartungen und Legitimationsmuster sowie Entwicklungsszenarien vorherrschen. Nimmt man hinzu, daß neben einer Darstellung und Analyse von Funktionen auch noch Prozesse und Ergebnisse zu beschreiben und zwischen der subjektiven Verarbeitung und volkswirtschaftlichem, an berufliche Qualifizierungsprozesse gekoppeltem Progreß (oder Rückschritt?), gesellschaftlichem Integrationsgehalt und sozialer Destabilisierung zu differenzieren wäre, dann wird deutlich, daß all dies in einem einzelnen Beitrag nicht umfassend thematisiert werden kann. Zudem fehlen für die genannten Themenfelder auch häufig noch entsprechende Forschungen, so daß vielfach lediglich eine Plausibilitätsebene bemüht werden könnte.

Wenn der nachfolgende Beitrag trotz der eingestandenen Beschränkungen dennoch die Transformation der Berufsbildung in der relevanten Zeitspanne von 1989 bis 1994 bilanzierend aufgreift, dann geschieht das in der Gewißheit, daß auch ein eingeschränkter, aber deutlich pointierter Zugriff auf das Thema berufspädagogischen Erkenntnisgewinn ermöglichen kann. Das gilt vor allem, insofern gezeigt wird, daß der Transformationsprozeß der Berufsbildung in Deutschland nicht unbedingt der Logik beruflich-qualifikatorischer Reformbemühungen folgte und auch nicht auf die subjektive und individuelle Verwertbarkeit der Qualifizierung in der Transformationsphase gerichtet war, sondern

eher politischen und sozialpolitischen Zwängen untergeordnet wurde. Sie hatten mit beruflich-qualifikatorischen Intentionen oft nur wenig gemein; eine am Beruf orientierte oder um „den Beruf“ zentrierte Deutung der Modernisierungserfordernisse wurde unterlassen. Die leitende These ist also: Die Entwicklung und Ausgestaltung des Systems der Berufsbildung in der Phase der Transformation folgte nicht einer internen, sach- und problembezogenen Binnenlogik der berufsbildungsrelevanten Akteure, sie bezog sich nicht auf Diskurse und Diagnosen der Fachwelt oder auf wesentliche, durch die Berufsbildungsforschung eindeutig identifizierte Struktur- oder Systemzwänge, sondern auf anderweitig definierte Logiken und (scheinbare) Verfahrenszwänge. Daß somit eine entscheidende Chance für eine sachgerechte Modernisierung der Qualifizierung für und Verwertung von individuelle(n) und kollektive(n) Arbeitsvermögen vertan wurde, ist eine Tatsache – theoretischen Nutzen aus einer Bilanzierung der Transformationsphase zu ziehen, könnte eine Aufforderung sein.

Dabei muß vorab deutlich markiert werden, daß gerade im Falle der deutschen Transformation von Berufsbildung immer von der beruflichen Aus- und der beruflichen Weiterbildung zugleich zu reden ist. Es entspricht dem realen Verlauf der Transformation und den bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Initiativen, wenn dabei im zweiten Teil dieses Beitrages die berufliche Weiterbildung im Vordergrund steht.

2. Etappen der politischen Transformation der Berufsbildung

Offiziell kann man als Ausgangspunkte für die politische Transformation der Berufsbildung in Deutschland den „Einigungsvertrag“ vom 31. August 1990 sowie den tatsächlichen Beitritt der DDR in den Geltungsbereich des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 ansehen. Indem der Einigungsvertrag die sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anpassungsleistungen der neuen Länder für den Beitritt definierte und entsprechende Regulierungen vorbereitete (KORTE/WEIDENFELD 1993), gab er auch der Bildungspolitik für die „Phase der Wende“ (FUCHS/REUTER 1995) seinen Rahmen.

Unmittelbar vor und kurz nach der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR konnte noch erwartet werden, daß die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte der DDR das gesamte Bildungssystem in einem internen, kontrovers und pluralistisch ausgehandelten Reformprozeß einer Revision und eigenständigen Erneuerung unterziehen würden (vgl. die Dokumente der Parteien DEMOKRATISCHER AUFBRUCH, CDU und SPD der DDR, ZENTRALER RUNDER TISCH in FUCHS/REUTER 1995), und dabei war auch immer an eine eigenständige Reform des Systems der Berufsbildung gedacht. Im weiteren Verlauf des Einigungsprozesses wird etwas völlig anderes erkennbar:

„Je stärker der deutsche Einigungsprozeß seine Eigendynamik entfaltete, desto schneller wandelte sich das ursprüngliche Projekt ‚Bildungsreform‘ zu der Aufgabe ‚Neu- und Umgestaltung des ostdeutschen Bildungswesens nach westdeutschem Vorbild‘“ (FISCHER 1993, S. 59).

Für diesen Prozeß der vollständigen Angleichung anstelle der Reformierung hatte man aber in der Volkskammer bereits vor dem Beitritt mit den Gesetzen

„über die Inkraftsetzung des Berufsbildungsgesetzes“ und „über die Berufsschulen“ vom 19. Juli 1990 den Boden bereitet und so auf eine eigenständige Modernisierung der Berufsbildung gänzlich verzichtet. Ohne erkennbaren Anlaß wurde in der DDR innerhalb kürzester Zeit eine bildungspolitische Position aufgegeben, die von Reformwillen und -vorhaben geprägt war und sicherlich der gesamten deutschen Berufsbildungspolitik Entwicklungschancen geboten hätte, zumal zu diesem Zeitpunkt in den alten Bundesländern eine intensive Diskussion über die „Krise des Dualen Systems der Berufsausbildung“ begonnen hatte (GEISLER 1991; GREINERT 1992; KUTSCHA 1997), um ebenfalls bildungspolitische Reformperspektiven auszuloten (STRATMANN/SCHLÖSSER 1990). Für diese Reformabstinenz und für die Bereitschaft zur vollständigen Systemanpassung gab es in der DDR eine weitverbreitete, fast konsensuale Begründung, die einen Verzicht offensichtlich nahezulegen schien: Sie bezog sich einerseits auf ein spezifisches Verständnis von Transformation, andererseits auf ein daran gekoppeltes unhinterfragtes und banalisiertes Modernisierungsverständnis.

2.1 Transformation als Modernisierungschiffre

In der „Zeit der Wende“, der „Phase des gesellschaftlichen Übergangs“ oder der „Umbruch- oder Umbauphase“ – so die historischen, soziologischen und politikwissenschaftlichen Umschreibungen – gewann der Begriff der „Transformation“ zentrale Bedeutung, als die entscheidende Chiffre für die Interpretation der politischen und sozialen Prozesse der Anpassung/Angleichung der DDR an das westdeutsche „Muster“. Transformation wurde verstanden als der Prozeß der Anpassung realsozialistischer Gesellschaften und ihres planwirtschaftlich-zentralistischen Wirtschaftssystems sowie ihrer weiteren Politik an kapitalistisch-demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftspraktiken und die sie formierenden Regulierungen. Mit einem eigentlich nicht geklärten Transformationsbegriff, in dessen Mittelpunkt der

„radikale(n) Systemwechsel (stand, d. Verf.), der mit der Ablösung einer zentralen Verwaltungswirtschaft durch die Marktwirtschaft, dem Wechsel von der Diktatur einer Partei zu einer freiheitlichen Demokratie und dem Übergang von einer autoritär verfaßten zu einer pluralistischen Demokratie verbunden ist“ (WILHELM BLEEK, zit. in SANDSCHNEIDER 1995, S. 33 f.),

verband man eine Strategie, in der Inkorporation als Integration zur alleinigen Maßgabe der Transformation wurde. Deren Verlauf, da war man sicher, würde im wesentlichen ökonomisch akzentuiert sein. Deshalb wurde von einer erfolgreichen Transformation nicht viel mehr als eine unverzügliche Entwicklung „vom Plan zum Markt“ erwartet, Transformation also einem primär ökonomischen Kalkül unterzogen (WAGNER 1991), dem sich sämtliche Transformationschritte anzupassen hätten und auch, so die Erwartung, naturgegeben anpassen würden.

Als Basis solcher Ausnahmen kann ein Modernisierungsverständnis ausgemacht werden, das, banal gesagt, westliche entwickelte Industriegesellschaften und ihre systemischen Eigenschaften als modern und östliche ehemals realso-

zialistische Gesellschaften als vormodern und geradezu anachronistisch, als historisch überlebte Systeme, Nationen und Gesellschaften kennzeichnete. Damit waren die offenen Fragen im Prozeß der Transformation einer ökonomisch überakzentuierten Transformationstheorie untergeordnet, deren Zentrum eine „Theorie der überfälligen Modernisierung“ der osteuropäischen Länder und der DDR (DÜSSELDORFF 1997, S. 32 ff.) ausmachte: „Tatsächlich wurde die Modernisierungstheorie ... zur vorherrschenden, optimistischen Theorie der osteuropäischen Transformation“ (MÜLLER 1995, S. 9). Diese Sichtweise stand unter einem Primat der vollständigen ökonomischen Strukturanpassung und ließ für Reformvorhaben so gut wie keine Spielräume. Dieser allgemeinen politischen Sichtweise, das wird im folgenden gezeigt, schlossen sich nun auch bildungspolitische und berufsbildungspolitische Akteure an, für deren Verständnis ebenfalls die Transformationsprogrammatik ‚vom Plan zum Markt‘ und ihre modernisierungsbezogenen (banalen, s. o.) Implikationen prägend waren.

2.2 Berufsbildungspolitische Programmatik der Transformation und die Tabuisierung von Reformvorhaben

In die Bereitschaft zum Verzicht auf Reformen des Berufsbildungssystems seitens der DDR gehört aber auch die Tatsache, daß von westdeutscher Seite diese Reformabstinenz geradezu eingefordert wurde. Wie man den Protokollen der vom 16. Mai bis zum 18. September 1990 unter der Leitung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, JÜRGEN W. MÖLLEMANN, arbeitenden Gemeinsamen Bildungskommission entnehmen kann, die „Grundsätze und Empfehlungen für eine Umgestaltung der ostdeutschen Bildungslandschaft (zu verabschieden“ sollte (FISCHER 1993, S. 59), wurde an beiderseitige Reformen ernsthaft nicht gedacht. War im Protokoll der konstituierenden Sitzung vom 16. Mai 1990 noch von „ein(er) schrittweise(n) Zusammenführung der beiden Bildungs- und Wissenschaftssysteme“ (GEMEINSAME BILDUNGSKOMMISSION 1990a, S. 208) die Rede, und wurde in der zweiten Sitzung des Gremiums noch „die Sicherung eines geordneten Übergangs der beruflichen Bildung in die soziale Marktwirtschaft“ (dies. 1990b, S. 212) als Ziel formuliert, so lassen weder dieses Gremium noch andere bildungspolitisch oder berufsbildungspolitisch entscheidende Akteure irgendwelche konkrete Strategien erkennen, diesen Weg einer ‚behutsamen Anpassung‘ durch kooperierende Reformvorhaben zu ermöglichen. Endgültig deutlich wird dies im Protokoll der abschließenden Sitzung der GEMEINSAMEN BILDUNGSKOMMISSION (1990c, S. 222), in welchem rückblickend festgestellt wird, daß „im Bereich der beruflichen Bildung die schnellstmögliche Einführung des Ordnungsrahmens der Bundesrepublik“ – also die Anwendung des Berufsbildungsgesetzes, der Handwerksordnung, der Rahmenvereinbarungen der Kultusministerkonferenz über die Berufsschulen, der Ausbildungsordnungen und der berufsschulischen Rahmenlehrpläne – die „Basis für den Reformprozeß in der beruflichen Bildung“ (ebd.) geschaffen hätte. Aus dem Gesagten wird deutlich, daß hier „Reform“ als bloße Destruktion der alten Strukturen (DDR) und als bruchloser Übergang in neue (eigentlich: auch alte Strukturen) der Bundesrepublik gedacht wurde. Insofern ist ge-

rade diese Programmatik der vollständigen und einseitigen Anpassung der neuen Länder an die alten Länder Ausdruck der oben beschriebenen Transformationsverfahren, die – bildhaft ausgedrückt – dem „Westen“ Besitzstände wahren halfen und dem „Osten“ Unterwerfung aufnötigten. Man kann an dieser Stelle über diesen Prozeß der Kolonialisierung der Bildungspolitik sowie über die der Kolonialisierung korrespondierende subjektive und kollektive Identitätsschädigung durch „Entwertung“ von Bildungsbiographien usw. spekulieren, man mag auch aus heutiger Sicht diese Kolonialisierung bedauern, für den Kontext dieses Beitrages bleibt allein festzuhalten, daß die Programmatik der Kommission für die Transformation ein denkbar ungünstiger Ausgangspunkt für eine Überprüfung und Konsolidierung des Bildungssystems und des Berufsbildungssystems gewesen ist.

2.3 Modernitätsdefizite als argumentative Basis für Reformabstinenz in der Berufsbildung und als Impuls für berufliche Weiterbildung

Indem eine Revision des westdeutschen Berufsbildungssystems unterblieb und sich die generelle bildungspolitische Perspektive durchsetzte, das Bildungssystem der (alten) Bundesrepublik müsse zur „Blaupause einer Zielbeschreibung“ werden (KLEMM/BÖTTCHER/WEGEN 1992, S. 13), wurde auch die eigentlich angebrachte Revision (s. o.) der curricularen Vorgaben und der didaktisch-methodischen Orientierung für die Berufsausbildung versäumt. Auch hier wurde erkennbar (LIPSMEIER 1995), daß eine Strategie der Besitzstandswahrung regiert hat, unabhängig davon, ob dies faktisch angebracht und zu rechtfertigen war. Was aber überhaupt in bezug auf Qualifizierung in den neuen Ländern mit Blick auf die Transformation ratsam gewesen wäre, konnte 1990 eigentlich gar nicht beurteilt werden:

„Da keinerlei historische Erfahrungen über die Auswirkungen und Zusammenhänge vorliegen, die mit einem derartigen abrupten und fundamentalen Systembruch und -wechsel verknüpft sind, sind wahre und empirisch gehaltvolle Aussagen bezüglich Verlauf und Ausgangspunkt dieses Experiments kaum möglich. Rationales und in Zukunft gerichtetes politisches Handeln muß sich jedoch im Prinzip auf wissenschaftlich fundierte Aussagen mit prognostischem Gehalt stützen können. Zukunftsaussagen fehlt aber derzeit die Grundlage, denn sie können weder auf Vergangenheitstrends aufbauen noch genügend konkrete politische Zielvorgaben ins Kalkül einbeziehen“ (BLASCHKE/KOLLER/KÜHLEWIND/MÖLLER/STOOS 1990, S. 4).

Dennoch handelten die Beteiligten so, als sei die notwendige Richtung für Qualifizierungsprozesse in den neuen Ländern in der Transformationsphase identifizierbar:

„Bei der Initiierung von Fortbildung und Umschulung im Beitrittsgebiet wurde davon ausgegangen, daß eine weltmarktorientierte Marktwirtschaft andere und konkurrenzfähige Qualifikationen als eine abgeschottete Planwirtschaft benötigt. Diese Weiterbildungsaktivitäten müssen frühzeitig einsetzen ... Es wäre unverantwortlich, erst abzuwarten, bis neue Arbeitsplätze entstehen oder gar entstanden sind. Ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften würde in diesem Falle die Aufwärtsentwicklung hemmen. Kurz: Mit Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen verbessern die Arbeitnehmer in Ostdeutschland ihre berufliche Qualifikation und orientieren sich an den Erfordernissen des Weltmarktes“ (GRÖBNER 1992, zit. in HEINELT/WECK 1998, S. 78).

Die im Zitat erkennbare Defizitzuschreibung in bezug auf das Qualifikationsniveau ostdeutscher Arbeitskräfte war zu Beginn der Transformation gängig. Für die Modernisierung der Ökonomie der neuen Länder, so wurde es u. a. auf dem 25. Deutschen Soziologentag 1990 in Frankfurt am Main in der Arbeitsgruppe „Wirtschaftssoziologie“ zunächst formuliert, seien Qualifizierungsstrategien von „entscheidender Bedeutung“ (GRÜHN/HEERING 1991, S. 572). Auch in anderen Quellen ist nachzulesen, daß der Weg „von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft“ nicht nur in der DDR (WINDSCHEID 1993), sondern in den osteuropäischen Staaten insgesamt nur über Reformen des Bildungssystems zu erreichen und der Weg „vom Plan zum Markt“ maßgeblich über Qualifizierungserfolge zu begehen sei (SCHLAFFKE/WEISS 1993). Neben der Anpassung der Ausbildung an die neuen Gegebenheiten hätte die berufliche Weiterbildung fortan eine besondere Stellung einzunehmen (THIELE 1993). Durch Anstrengungen in der Aus- und Weiterbildung, so eine These, „sei es möglich, bestimmte strukturelle Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften in der gegenwärtigen Umbruchsituation der ostdeutschen Wirtschaft zu überwinden“ (GRÜNERT 1993, S. 27).

In dieser Form wurde berufliche Qualifizierung ein entscheidendes Medium für den Weg „Vom Plan zum Markt“ (SCHLAFFKE/WEISS 1993), ja die ausreichende Bereitstellung von ‚Humankapital‘ avancierte zeitweise zur Generallösung der Transformation schlechthin: „Insgesamt erweist sich so der Aufbau eines Humankapitals, das den ostdeutschen Betrieben das Überleben sichert, als Kernproblem der Transformationsprozesse“ (SCHWARZ/ALBACH 1994, S. 38).

Für diesen Aufbau reichten allein Initiativen im Ausbildungsbereich nicht aus: Kapazitäre Engpässe, strukturelle und institutionelle Hemmnisse und vielfältige andere Schwierigkeiten erwiesen bald,

„... daß die schnelle Übertragung des Berufsbildungsgesetzes auf das Gebiet der DDR wesentlich größere Schwierigkeiten mit sich brachte, als man hätte erwarten können. Allerdings wurden einige dieser Unterschiede (der Unterschiede der Ausbildungssysteme, d. Verf.) erst durch die entstehenden ökonomischen Übergangsprobleme so vergrößert, daß sie sich deutlich dysfunktional auswirkten“ (HÖRNER 1997, S. 155).

Diese Befunde legten nahe, die zunächst nur unterstellten Qualifizierungsdefizite über berufliche Weiterbildung zu kompensieren. Und wenn das gerade Zierte ein eher ernüchterndes Fazit für die Transformation der Berufsausbildung gibt, dann kann im folgenden auch ein relativ skeptisches Bild von der beruflichen Weiterbildung in der Transformation gezeichnet werden. Auch hier gilt aus heutiger Sicht, daß vieles vorschnell formuliert und bewertet und Weiterbildung für ganz andere Zwecke als die der beruflichen Qualifizierung initiiert wurde. Nicht zuletzt läßt auch die berufliche Weiterbildung erkennen, daß die hier seit langem debattierte Regulierungsproblematik (DOBISCHAT/HUSEMANN 1995) der Weiterbildung trotz ihres Booms in der Transformationsphase einer Lösung nicht nähergekommen ist.

3. Der Einsatz der beruflichen Weiterbildung

3.1 Weiterbildung als schnelles Reaktionsmuster im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik in der Transformation und als universelles Medium der Beschäftigungssicherung?

Arbeitsmarktpolitik in einer übergreifenden Zielbestimmung umfaßt alle Maßnahmen, welche das Angebot an und/oder die Nachfrage nach Arbeitskräften quantitativ und qualitativ beeinflussen (KELLER 1993, S. 263). Die Basis arbeitsmarktpolitischer Aktivitäten bildete das zum Zeitpunkt der Einheit geltende Arbeitsförderungs-gesetz aus dem Jahre 1969, das eine Vielzahl von Einzelinstrumenten im Bereich der Information und Beratung, der Förderung der beruflichen Bildung und der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen vorsah. Seine Entstehung war eng an die Erfahrungen mit den ökonomischen Entwicklungsprozessen in den 60er Jahren gekoppelt, und es stellte darauf ab, Arbeitsmarktpolitik aktiv und vorausschauend zu gestalten, statt mit ihr reaktiv-kompensatorisch Ausgleichs- und Nachsorgepolitik zu betreiben. Die mit dem AFG durchgesetzte keynesianische Politikkonzeption wies dem Staat die Aufgabe zu, Arbeitsmarktpolitik in den Rahmen der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu integrieren (KÜHL 1982, S. 251 ff.; LAMPERT 1989, S. 173 ff.) sowie, gesellschaftlich, verschiedene Politikfelder in eine konzertierte Globalsteuerung einzubinden (BACH 1994, S. 134). Übersetzt in den Zielkatalog des AFG (§ 2) sollten in der Arbeitsmarktpolitik Maßnahmen ergriffen werden, die Arbeitslosigkeit, unterwertige Beschäftigung und Arbeitskräftemangel verhindern, berufliche Beweglichkeit sicherstellen und nachteilige Folgen technischer Entwicklung und struktureller Wandlungen für die Erwerbstätigen abwenden. Kernstück der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist bis heute die Förderung der beruflichen Weiterbildung, organisiert als berufliche Fortbildung oder Umschulung. Mit den Instrumenten der Qualifizierungspolitik, so der Leitgedanke des AFG, sollen strukturelle Probleme des Arbeitsmarktes aufgefangen, Mobilitätsprozesse im Sinne von Qualifikationsanpassung an technische Entwicklungen und die Eröffnung von Aufstiegsperspektiven ermöglicht sowie Chancen beruflicher Neuorientierung hergestellt werden.

Im Jahre 1994 feierte das AFG 25jähriges Jubiläum. In der arbeitsmarktpolitischen Diskussion war dies Anlaß, eine Bilanz über seine Wirkungen zu ziehen, vor allem vor dem Hintergrund der Leistungen, die im Rahmen der Qualifizierungspolitik im Transformationsprozeß in den neuen Ländern erbracht wurden (WEBBER 1982; BACH 1994; ARBEITSKREIS AFG-REFORM 1994; SEIFERT 1995). Trotz einer grundsätzlich positiven Gesamteinschätzung des AFG wurde angesichts gewachsener und neuer Probleme am Arbeitsmarkt ein erheblicher Reformbedarf in der Konzeption, den Instrumenten, den organisatorischen Handlungsbedingungen und dem Finanzierungsmodus konstatiert (SCHMID 1996; DOBISCHAT 1997).¹

1 Das AFG ist seit 1998 in das Sozialgesetzbuch III (SGB III) integriert, wobei sich die Zielsetzung der Arbeitsmarktpolitik deutlich verändert hat und ferner nur ein Teil der Kritikpunkte am alten AFG bei der „Reform“ berücksichtigt wurde. Vgl. hierzu besonders: BAYER/DOBISCHAT/KOHSIEK 1998 und 1999.

Spätestens mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war in Ostdeutschland ein schockhafter Prozeß im Übergang vom „Plan zum Markt“ in Gang gesetzt worden, der die Arbeitslosigkeit sprunghaft ansteigen ließ. Unverkennbar war, daß es sich bei den Beschäftigungseinbrüchen nicht nur um ein vorübergehendes Phänomen handelte, sondern um massive Strukturprobleme. In ökonomischen Szenarien wurde der DDR im Vergleich zu Westdeutschland ein erheblicher Modernisierungsrückstand attestiert, den es „nachholend“ im Transformationsprozeß mittels einer breit angelegten Qualifizierungsoffensive auszugleichen galt (BLASCHKE u.a. 1990), obwohl schnell klar wurde, daß Qualifizierung nur ein Moment der vielschichtigen Strukturdisparitäten als Erblast der DDR-Ökonomie war, die es zu überbrücken galt. Zugleich bildeten sich mit den Beschäftigungsrückgängen im Rahmen industrieller Entflechtung und fortschreitender Deindustrialisierung regionale Disparitäten und Polarisierungstendenzen heraus, die das Problem der Massenarbeitslosigkeit zudem noch sehr unterschiedlich verteilten (BLIEN/HIRSCHENAUER 1995; DOBISCHAT/HUSEMANN 1993). Erkennbar wurde ferner, daß sich die aus den alten Ländern bekannten Segmentationserscheinungen (individuell, branchen- und wirtschaftsstrukturell, betriebsgrößenspezifisch, regional) am ostdeutschen Arbeitsmarkt quasi im Zeitraffer etablierten (BRINKMANN 1995; BRINKMANN/WIEDEMANN 1995).

Die Auflösung von „Modernisierungsblockaden“ mittels einer breit angelegten Um- und Requalifizierung der Erwerbstätigen entsprach dabei der politischen Erwartung, den erforderlichen ökonomischen Strukturwandel mit Hilfe einer flankierenden Arbeitsmarktpolitik zu gestalten. So formulierte der Sachverständigenrat in seinem Gutachten im Jahr 1990 (S. 255):

„Der aktiven Arbeitsmarktpolitik ... kommt im Prozeß der strukturellen Erneuerung eine Schlüsselrolle zu. Sie wird ihr Instrumentarium den Anforderungen entsprechend verbessern und erweitern müssen. Dies wird mit erheblichen Kosten verbunden sein. Aber man muß die Alternative sehen ... Beschränkt man sich ... auf finanzielle Leistungen zur Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit, so muß man damit rechnen, daß viele Arbeitslose den Anschluß verlieren und auf längere Sicht auf Sozialleistungen angewiesen sind ... Eine an Qualifikation orientierte Arbeitsmarktpolitik ist auf Dauer nicht nur die aussichtsreichste, sondern auch die am wenigsten kostspieligste Alternative.“

Mit dieser wirtschaftspolitischen Strategieentscheidung, die ohne größere Recherchen getroffen wurde, rief die Bundesregierung noch vor der politischen Vereinigung die „arbeitsmarktpolitische Offensive Ost“ ins Leben, die in ihren Kosten und im Umfang wohl einmalig gewesen sein dürfte. Mit dem Ziel der beruflichen Weiterbildungsförderung wurde nicht nur die schnelle Implementation arbeitsmarktpolitischer Instrumente des AFG vorangetrieben, sondern auch Voraussetzungen für die Schaffung „sozialer Stauzonen“ geschaffen, um kurzfristig quantitativ sichtbare Entlastungs- und Entzugseffekte am Arbeitsmarkt politisch dokumentieren zu können. Als „Brückenglied“ übernahmen sie die Funktion sozialer Sicherung durch Zahlung von Lohnersatzleistungen und dienten der Verbesserung der Beschäftigungschancen durch Qualifizierung für künftig erwartete Beschäftigungsfelder.

Mit jeweils ca. 1,5 Mio. Teilnehmern an AFG-geförderten beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen, davon ca. 60 % in den neuen Ländern, erreichte die Qualifizierungsoffensive in den Jahren 1991 und 1992 ihren Höhepunkt, bevor

sie ab 1993 auf ein deutlich niedrigeres Niveau zurückfiel. Bezogen auf die Erwerbsbevölkerung in den neuen Ländern im Jahr 1991, bedeutete das Volumen von ca. 900.000 Teilnehmern einen arbeitsmarktlichen Entzugseffekt von ca. 10 % im Vergleich zu den alten Ländern, die nur ein Niveau von ca. 2 % erreichten. Die Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit für die Weiterbildung betrugen für beide Jahre ca. 31 Mrd. DM.

Parallel zur Umsetzung des Arbeitsförderungsgesetzes übernahm das Berufsbildungsgesetz für das ehemalige Gebiet der DDR regulierende Aufgaben. Damit sollte die flankierende Rolle der Berufsbildungspolitik „als Schlüsselbereich für die Bewältigung der wirtschafts-, beschäftigungs-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Herausforderungen“ herausgestellt werden, so der damalige Bundesbildungsminister ORTLEB (1991, S. 6). Mit dem Arbeitsförderungsgesetz als Finanzierungsgrundlage und dem Berufsbildungsgesetz als Ordnungsbasis waren die zentralen Eckpunkte einer umfassenden Reorganisation des institutionellen Gefüges der beruflichen Weiterbildung gesetzt. Daß damit aber nicht gemeint war, an bestehende Strukturen bzw. Strukturelemente der Weiterbildungsorganisation der ehemaligen DDR anzuknüpfen und gegebenenfalls Erhaltenswertes oder Anschlußfähiges fortzuführen (SIEBERT 1994), machte ORTLEBs Vorgänger, Bundesbildungsminister MÖLLEMANN, deutlich: „Die berufliche Weiterbildung ist kein Experimentierfeld für Bildungspolitiker“ (MÖLLEMANN 1990, S. 9), was nichts anderes heißt, als die Umwandlung des beruflichen Weiterbildungsbereichs unter das Primat der Förderung der beruflichen Bildung im AFG zu stellen und auf die „normative Kraft des Faktischen“ bei der Durchsetzung marktkonformer Strukturen zu setzen.

Die historisch gewachsenen beruflichen Weiterbildungsstrukturen der DDR wurden demnach als eine Hypothek eingestuft, die für eine Assimilierung als nicht geeignet angesehen wurde. Damit war politisch ein Weg vorgezeichnet, die Reorganisation der Weiterbildung unter der Bedingung geringer Kontinuität nach den Prinzipien und Systemstrukturen der westdeutschen Weiterbildungslandschaft vorzunehmen (ACHTEL 1992; HUSEMANN 1996). Diese tendenziell totale Angleichung wird aus heutiger Sicht nicht nur für das Berufsbildungssystem, sondern auch für das Bildungssystem insgesamt kritisiert.

„Deshalb habe ich nach dem Fall der Mauer den totalen Oktroy unseres westlichen Bildungssystems samt seinen Verkrustungen und seinen Mängeln bedauert und kritisiert. Wir hätten auch uns von einigen positiven Ansätzen im DDR-Bildungssystem – zum Beispiel der Verbindung und der Gleichwertigkeit von allgemeinbildenden und berufsbildenden Schullaufbahnen, vom Verzicht auf frühzeitige Auslese und den positiven Wirkungen des sozialen Zusammenlebens – dies alles entideologisiert – durchaus etwas abgucken können. Aber wir wollten es nicht und haben so die Chance für von West und Ost gemeinsam getragenen Bildungsreformen verpaßt“ (HAMM-BRÜCHER 1996, S. 363).

Zeitgleich zur Reorganisation nach westdeutschem Muster setzte ein Prozeß der Destruktion von traditionellen Strukturen beruflicher Weiterbildung in der ehemaligen DDR ein, der bestehende Ressourcen und Kapazitäten, insbesondere auf betrieblicher Ebene als dem Nukleus beruflicher Weiterbildung und Qualifizierung, ausschaltete (DIETRICH 1991; MEIER 1993; AUTSCH/BRANDES/WALDEN 1991; DOBISCHAT/NEUMANN 1991). Mit der Ausdünnung betrieblicher Weiterbildung zugunsten überbetrieblicher Qualifizierung gingen nicht nur die

zentralen Anknüpfungspunkte für die Qualifizierungsprozesse im Zuge betrieblicher Reorganisation und Umstrukturierung verloren, die fehlenden Übungsfelder zum Erwerb überfachlicher Kompetenzen erwiesen sich auch als die zentrale Engpaßvariable. Bekannterweise stehen sie in der Verbindung mit der Vermittlung fachlicher Qualifikationen im Zielsystem betrieblich-organisierter Lernprozesse mit zunehmendem Bezug zum arbeitsplatznahen Lernen an oberster Stelle (DEHNBOSTEL u. a. 1992). Bedenkt man, daß das Lernen im Prozeß der Arbeit das didaktisch-methodische Kernkonstrukt beruflicher Weiterbildung in der ehemaligen DDR darstellte (LIPSMEIER/DOBISCHAT u. a. 1995) und in dieser Form zur Identitätsbildung beitrug, so kann es nicht verwundern, daß die subjektiv erfahrenen Brüche in den Erwerbs- und Lernbiographien in Korrespondenz mit nunmehr außerbetrieblichen Formen der Inhalts- und Kompetenzvermittlung auch Motive für „Weiterbildungsabstinenz“ freisetzen, zumal dann, wenn künftige Arbeitsmarktperspektiven nicht eingeschätzt werden können (BOLDER 1994, S. 208; KNÖCHEL/TRIER 1995; BAETHGE/ANDRETTA u. a. 1996).

Mit der Etablierung marktförmiger und pluraler Strukturen nach westdeutschem Muster und unter massiver finanzieller Hilfestellung durch die AFG-Förderung kam es rasch zu einer explosionsartigen Gründerwelle von Bildungseinrichtungen außerhalb der Betriebe, die sich mit ihren Angeboten an den Bedingungen des Arbeitsförderungsgesetzes und des Berufsbildungsgesetzes orientierten. Mit einer Trägerstruktur von freien, kommerziellen Anbietern, die aus dem Westen bekannte Bildungskonzepte ohne erforderliche Adaptionen importierten und damit zum Teil Schulungsziele ansteuerten, für die es vom Arbeitsmarkt keine gesicherten Bedarfssignale gab, baute sich eine Weiterbildungsinfrastruktur analog dem westdeutschen Vorbild auf. Mit diesem Import war auch die Übernahme der aus der westdeutschen Diskussion bekannten Probleme u. a. beim Zugang zur Weiterbildung, der Transparenz von Weiterbildung, der Qualität in der Weiterbildung, des Teilnehmerschutzes und der Berücksichtigung von Teilnehmerinteressen in der Weiterbildung, verknüpft, ja diese Problemlagen verschärfte sich vor dem Hintergrund der sich schnell vollziehenden und unkontrollierten Reorganisation (FRIEBEL 1993).

Der Expansion außerbetrieblicher Angebote in der ersten Phase bis 1993/94 stand ein Bedeutungsverlust des Lernortes Betrieb gegenüber (KURZ-SCHERF/MAHNKOPF 1993; WEISS u. a. 1993; DOBISCHAT/HUSEMANN 1992 und 1994). Dabei muß jedoch zwischen unterschiedlichen betrieblichen bzw. branchenspezifischen Aktivitätsmustern differenziert werden. Während neugegründete bzw. von der Treuhand bereits privatisierte Betriebe, zumeist mit Unterstützung der westdeutschen Konzernzentralen, relativ schnell ein Know-how in Sachen betrieblicher Weiterbildung entwickelten und es für erforderliche betriebliche Umstrukturierungsprozesse nutzten (WAHSE/DAHMS u. a. 1996), blieben Treuhandbetriebe, die noch vor der Privatisierung oder Liquidierung standen, deutlich hinter dieser Entwicklung zurück. Grundsätzlich lagen im Vergleich der betrieblichen Aufwendungen für die berufliche Weiterbildung die neuen hinter den alten Bundesländern nach wie vor deutlich zurück (WAHSE/BERNIEN 1994, S. 42; HÜBLER 1998, S. 123).

Hatte die AFG-Förderung insbesondere in den Jahren 1991 und 1992 eine

Offensive in der Bildungsbeteiligung ausgelöst, wurde mit der 10. Novellierung des AFG im Jahre 1993 und dem „1. Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogrammes“ zum 1. 1. 1994 der Rückzug eingeleitet. Beide Gesetze reduzierten die Weiterbildungsförderung auf ein arbeitsmarktpolitisches Mindestmaß. Sie markieren damit den vorläufigen Abschluß einer Entwicklung der sukzessiven Rücknahme ursprünglicher Ziele der Weiterbildungsförderung im AFG (SAUTER 1994, S. 346). Das Umschalten in der Förderungspolitik hatte nicht nur einen erneuten Sparkurs zur Folge, sondern diente auch der Eindämmung der ungezügelten institutionellen Expansion in der Bildungslandschaft, wobei sich insbesondere an den fehlenden Qualitätsstandards in den Bildungsangeboten die zentrale Kritik entzündet hatte (FAULSTICH 1992, S. 264). Dieser Stopp, der gleichzeitig eine weitere Normalisierung im Sinne von Angleichung signalisierte, bezeichnet deshalb auch den Endpunkt unseres Untersuchungszeitraums.

3.2 Zwischenfazit

Der Reorganisationsprozeß der beruflichen Weiterbildung wurde durch die „Qualifizierungsoffensive Ost“ aufgrund expansiver AFG-Förderung in Gang gesetzt (BRÖKER/DOBISCHAT/LIPSMEIER u. a. 1995, S. 291 ff.). Mit dem Instrument der beruflichen Weiterbildung gelang es, den Arbeitsmarkt kurzfristig zu entlasten. Parallel zur arbeitsmarktpolitischen Offensive erfolgte eine bildungspolitisch initiierte institutionell-strukturelle Reorganisation im beruflichen Weiterbildungssystem. Im Ergebnis wurden historisch gewachsene Strukturen und Kooperationsformen im Weiterbildungssystem der ehemaligen DDR mit dem Lernzentrum „Betrieb“ weitgehend demontiert und durch eine marktförmige, außerbetriebliche und plurale Systemstruktur ersetzt. Mit dem Ende der Weiterbildungsoffensive und restriktiveren Förderungsmodalitäten reduzierten sich die Teilnehmerzahlen nach 1992 erheblich. Erhöhte Qualitätsstandards für die Maßnahmen sowie verstärkte Wirtschaftlichkeitsanforderungen führten zu einer deutlichen Marktbereinigung in der Bildungslandschaft, so daß unter den neuen Bedingungen entstandene Trägerstrukturen und Kooperationsnetze erodierten und eine regionale Ausdünnung im Gefüge der Weiterbildung die Folge war. Mit der „zweiten“ Auskämmung blieben insbesondere solche Bildungsträger auf der Strecke, die als typische „Ostanbieter“ aus ehemals betrieblichen Bildungseinrichtungen und Kombinatn hervorgegangen waren. Mit der Neugründung von Unternehmen bzw. durch die Privatisierungspolitik der Treuhand erlebte der Lernort „Betrieb“ eine Renaissance, da zunehmend konkurrenzfähige Betriebe das Instrument der beruflichen Qualifizierung bei betrieblichen Umstrukturierungsprozessen nutzten. In der Folge zeichneten sich die Markierungslinien zwischen betrieblich und öffentlich finanzierter Weiterbildung deutlicher ab, so daß die Strukturmerkmale der West-Weiterbildung mit marktorientierter Regulation vollzogen waren. Damit war zugleich die Basis für eine Verschärfung arbeitsmarktlcher Segmentation nach dem westdeutschen Vorbild gelegt (BAETHGE 1992, S. 313 ff.).

FAULSTICH (1993, S. 25) hat den zuvor skizzierten Transformationsprozeß der beruflichen Weiterbildung als das Auseinanderfallen von Intendiertem und

Realisiertem charakterisiert. Er konstatiert ein „Struktur- und Regulationsparadox“, indem er feststellt, daß die Destruktion des ehemals hochgradig bürokratisierten Weiterbildungssystems in der DDR ungeachtet der Tatsache eingeleitet wurde, daß sich die Weiterbildung im Westen im Trend höherer Systematisierung befindet, und dies durch ein Politikkonzept induziert wurde, das zwar mehr Markt durchsetzen will, sich dabei aber massiver staatlich-finanzieller Ressourcen bedient, um Strukturen zu schaffen, die im Westen politisch nicht hätten durchgesetzt werden können.

4. Bilanz der ersten Transformationsphase im Zeitraum von 1989 bis 1994

Eine vorläufige Bilanz der beruflichen Weiterbildungsförderung im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik in den ersten fünf Jahren der Transformation muß die erzielte Wirkungsbreite analysieren und die Ergebnisse nach dem jetzigen Reformbedarf bewerten. Aus beschäftigungs- und sozialpolitischer Sicht kann der Arbeitsmarktpolitik und besonders der beruflichen Weiterbildungsförderung angesichts des drastischen Beschäftigungsrückgangs von über 3 Mio. Arbeitsplätzen in den neuen Ländern ein relativ hoher Wirkungsgrad attestiert werden. Nicht nur, daß der massive Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente ein weiteres Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit verhindert hat, auf individueller Ebene konnte über die Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen zumindest übergangsweise auch eine soziale Absicherung erreicht und über den Qualifikationserwerb Perspektiven für künftige Beschäftigung gewonnen werden. Andererseits haben die Erfahrungen mit der AFG-geförderten beruflichen Weiterbildung die Grenze und Reichweite der beruflichen Weiterbildung nachhaltig dokumentiert.

Die Probleme lagen auf verschiedenen Ebenen:

(a) Der Transformationsprozeß war eingebettet in tiefgreifende strukturell-wirtschaftliche Veränderungen. Betriebe, Unternehmen und die Erwerbstätigen waren von diesen Veränderungen gleichermaßen betroffen. Der enorme Anpassungsbedarf der Betriebe an Marktbedingungen war in den neuen Ländern nur durch umfassende Reorganisationsmaßnahmen sicherzustellen. Problematisch wirkte sich hierbei aus, daß die öffentlich-berufliche Weiterbildung in zu geringem Umfang die betriebliche Restrukturierung durch eine flankierende Qualifizierung unterstützte. Der fehlende Brückenschlag zwischen öffentlicher Finanzierung und betrieblicher Trägerschaft beruflicher Qualifizierung führte auf individueller Ebene nicht nur zur Abkoppelung von betrieblichen Beschäftigungsperspektiven, sondern durchbrach die bestehenden Beziehungen zum betrieblichen Lernort, der ja individuell den zentralen beruflichen Erfahrungsraum darstellte, und auch zu den Arbeitsprozessen und sozialen Bezügen mit ihren jeweiligen Kooperations- und Kommunikationsstrukturen.

(b) Mit der bildungspolitisch induzierten Reorganisation des beruflichen Weiterbildungssystems nach marktorientierten Prinzipien wurde berufliche Quali-

fizierung vom Betrieb in die außerbetriebliche Sphäre verlagert. Die damit vollzogene Ausgrenzung und Entkoppelung des betrieblichen Bedarfs und subjektiver Lerninteressen wurde durch Rückgriff auf Bildungskonzepte betriebs-externer Anbieter beschleunigt, die mit ihren Qualifikationszielen vornehmlich und fast ausschließlich den externen Arbeitsmarkt ins Blickfeld nahmen. Angesichts der vielfältigen Unschärfen bezüglich der künftigen Verwertung der erworbenen Qualifikationen übernahm die AFG-Weiterbildung verstärkt Aufgaben einer Qualifizierung auf Vorrat, unabhängig davon, ob dieser Vorrat überhaupt prognostizierbar war. Damit waren die Eckpfeiler für die Teilung des beruflichen Weiterbildungsmarktes in zwei Segmente gegeben: Auf der einen Seite kristallisierte sich sukzessiv die abgeschlossene und selektiv wirkende innerbetriebliche Weiterbildung für die Kernbelegschaften im Prozeß betrieblicher Modernisierung und Reorganisation heraus; auf der anderen Seite existierte die AFG-geförderte berufliche Weiterbildung, nach deren Intention Arbeitslosen der Wiedereinstieg ins Erwerbsleben ermöglicht werden sollte. Während im Falle der Teilnahme an betrieblicher Weiterbildung durchaus eine karrierefördernde bzw. arbeitsplatzstabilisierende Wirkung unterstellt werden kann, gilt dies für die Absolventen der AFG-Weiterbildung nur sehr begrenzt. Nur 43 % der Absolventen einer Bildungsmaßnahme in den neuen Bundesländern waren z.B. sieben Monate nach Abschluß des Lehrgangs beschäftigt (BLASCHKE/NAGEL 1995, S. 195), so daß das Erfolgskriterium „Wiedereingliederung“ skeptisch zu beurteilen ist. Darüber hinaus kann eine Wirksamkeit der AFG-Politik im Hinblick auf die überproportionale „Einbeziehung benachteiligter Erwerbsgruppen“ ebenfalls nicht festgestellt werden (MÄTZKE 1995, S. 28).

(c) Mit der Differenzierung des Weiterbildungsmarktes in ein betrieblich und ein außerbetrieblich finanziertes Segment wird verhindert, daß die betriebsbezogene Personalpolitik und die öffentliche Arbeitsmarktpolitik stärker zusammenwirken. Dabei ist eine Vernetzung beider Bereiche sinnvoll. Erforderlich hierzu ist aber die Verkoppelung der Ressourcen beider Bereiche. Gestützt auf die Erfahrungen mit betrieblichen Beschäftigungsplänen in den 80er Jahren (BOSCH 1990; 1995), die betriebliche Sozialplanmittel mit Mitteln der AFG-Förderung kombinierten und Qualifizierungsmodelle für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten bereitstellten, wurden in den neuen Ländern „Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften“, ergänzt durch „Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung“ (ABS), gegründet. Aus heutiger Sicht sind die ursprünglich ambitionierten Erwartungen, mit der Gründung von Auffanggesellschaften die Beschäftigungseinbrüche abzufangen, die betriebliche Orientierung zu erhalten, der Zersplitterung zwischen betrieblicher und außerbetrieblicher Weiterbildungsorganisation entgegenzuwirken und eine weiterreichende strukturpolitische Perspektive in den Blick zu nehmen, zurückhaltend zu beurteilen. Die Erfahrungen zeigen, daß diese Konzepte, die eine Vielzahl arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, wie z.B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Kurzarbeit und Qualifizierung, zielgruppenbezogen kombinierten, in ihrer Brückenfunktion bestenfalls geeignet sind, den betriebsexternen Wandel mitzuorganisieren und sozial abzufedern (KNUTH 1995, 1996; NEUMANN/SPIES 1995; BUTTLER 1992; BRINK-

MANN/HILLER/VÖLKELE 1995; BAUR/KÜHNERT/SCHWEGLER-ROHMEIS 1995; HILD 1995).

(d) Die beschäftigungspolitische Transformationskrise stellt sich insbesondere in den neuen Ländern in Form regionaler Strukturkrisen dar, deren Bewältigung kaum durch den Einsatz des AFG-Instrumentariums allein geleistet werden kann bzw. konnte. Zwar können mit einer breitflächig angelegten Weiterbildungspolitik Einfluß auf das qualifikatorische Niveau der Erwerbspersonen genommen, Engpässe am Arbeitsmarkt beseitigt und ein Beitrag zu einer verbesserten regionalen Infrastruktur und Standortqualität geleistet werden. In Anbetracht fehlender Unterstützung aus anderen Politikfeldern, wie z.B. der Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungspolitik, konnte Weiterbildung innerhalb des begrenzten AFG-Instrumentariums allerdings nur eine komplementäre Funktion zur regionalen Vitalisierung übernehmen. Die Ergebnisse des fünfjährigen Beobachtungszeitraums machen deutlich, daß der notwendige Brückenschlag zur regionalen Strukturpolitik im Untersuchungszeitraum (und auch seither) nicht erfolgt ist, so daß sich regionale Disparitäten durch Ausdünnung von Qualifikationspotentialen weiter verstärken. Die in der Politik vertretene Perspektive, bei der Krisenbewältigung zunehmend auf regionale Lösungspotentiale zu setzen, macht aber für berufliche Weiterbildung nicht nur Grenzen deutlich, sondern läßt auch Handlungsmöglichkeiten erkennen, die aber offenkundig nur gering genutzt werden und deren systematische Entwicklung noch aussteht (DOBISCHAT 1993).

(e) Berufliche Weiterbildung konstituiert sich in einem Geflecht vielfältiger Akteure, partikularer Interessen, rechtlich-finanzieller Zuständigkeiten und curricular differenzierter Strukturen. Die daraus resultierende Zerklüftung hat eine Reihe von Problemstellungen produziert, die seit langem ungelöst und auch durch das Engagement für Weiterbildung in den neuen Ländern keiner Lösung nähergekommen sind. Hier hätte eine veränderte Transformationsstrategie bessere Perspektiven eröffnet, zumal dann, wenn man wirklich reformbereit gewesen wäre. Gerade unter regionalen Aspekten wären Strategien anzusteuern gewesen, die darauf abzielten, verschiedene Handlungsebenen und Handlungsfelder (SAUTER 1993; KLOAS 1996) in Qualifizierungsnetzwerken (WEGGE 1996; SCHMID 1994; BENZENBERG 1999) zusammenzuführen, wie es beispielsweise mit der Gründung „Regionaler Qualifizierungsentwicklungszentren“ ansatzweise und modellhaft in den neuen Ländern intendiert wurde (HÜBNER/BENTRUP 1995). Kerngedanke derartiger Konzepte ist es, den beteiligten Akteuren Dienstleistungen anzubieten, um die Informations- und Beratungsabläufe besser zu koordinieren, Programme abzustimmen, Bedarfslagen zu ermitteln und Qualitätsstandards zu erarbeiten. Dazu muß aber sichergestellt sein, daß die notwendige Kooperation über einen Konsens der daran beteiligten Akteure definiert wird, was nach den bisherigen Erfahrungen schwierig sein dürfte (HERBERTZ/LICHTE u.a. 1994; ALT/HOLZ/SCHOLZ 1995). Wenngleich erste Ansatzpunkte für eine effektivere und optimierte regionale Steuerung beruflicher Weiterbildungsprozesse gegeben sein könnten, darf dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die berufliche Weiterbildung grundsätzlich eine höhere öffentliche Verantwortung für die Gestaltung von

Markttransparenz, Rahmensetzung, Qualitätskontrolle, Teilnehmerschutz sowie regionaler und lokaler Koordination übernommen werden muß (BUTTLER 1994, S. 41; DOBISCHAT/HUSEMANN 1997).

(f) Dem Verständnis des AFG lag eine enge Verbindung mit den Regelungen des Berufsbildungsgesetzes zugrunde. Ziel des AFG war die Ermöglichung eines Berufswechsels oder eines beruflichen Aufstiegs. Sichergestellt war die Qualität der Bildungsmaßnahmen durch die Orientierung an überregional geltenden Standards und Abschlüssen nach dem Berufsbildungsgesetz oder durch staatliche Instanzen, die die Arbeitsmarktgängigkeit der Zertifikate garantierten. Die Herausnahme der beruflichen Aufstiegsfortbildung aus dem Förderungskatalog des AFG hat aber in Verbindung mit der weitgehend unregelmäßig und wenig zertifizierten kurzfristigen Anpassungsfortbildung eine „Ordnungslücke“ entstehen lassen. Zwar hat diese „Ordnungslücke“ zu einer Verbesserung des Instrumentariums zur Messung der Maßnahmequalität durch entsprechende Aktivitäten der Bundesanstalt für Arbeit geführt, eine Einbeziehung der Anpassungsweiterbildung in Konzepte zum Erwerb anerkannter Abschlüsse ist damit jedoch nicht verbunden. Das arbeitsmarktpolitisch Notwendige, d. h. kurzfristige Anpassungsqualifizierung zur schnellen Reintegration, ist offenkundig nicht deckungsgleich mit dem weiterbildungspolitisch Notwendigen, d. h. des perspektivischen Erwerbs arbeitsmarktgängiger Zertifikate, insbesondere dann, wenn es sich bei den Adressaten um Problemgruppen des Arbeitsmarktes handelt, die Curricula, Lern- und Beratungsarrangements benötigen. Hier bleibt eine Verbindung von arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Zielsetzungen erforderlich, die es ermöglichen, die bestehenden förderrechtlichen und ordnungspolitischen Barrieren, z. B. die Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung oder die öffentliche Förderung betrieblicher Weiterbildung, zu überschreiten (SAUTER 1994, S. 353; DERS. 1995). Damit steht die Frage der Regulierung beruflicher Weiterbildung wieder verstärkt im Blickfeld (DOBISCHAT/HUSEMANN 1995; v. BARDELEBEN/GNAHS u. a. 1995).

(g) Der hier skizzierte Zusammenhang legt nahe, über die Zukunftsperspektiven der öffentlichen Förderung der beruflichen Weiterbildung nachzudenken. Wenngleich die Diskussion über die Reformnotwendigkeit Tradition hat und immer dann intensiv geführt wurde, wenn finanzpolitische Kalküle zur Amputation aktiver Elemente der Arbeitsmarktpolitik, wie z. B. der beruflichen Bildung, führten (SEIFERT 1995, S. 8), belegen die Erfahrungen mit dem Transformationsprozeß eindringlich den erforderlichen Revisionsbedarf. Dabei kann es nicht wie bisher um partielle Novellierungen in einzelnen Instrumenten oder Veränderungen im Leistungsgefüge gehen, vielmehr muß der Fokus auf eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik gelegt werden, der auch die bislang überfrachteten Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der beruflichen Weiterbildung im Rahmen der Arbeitsförderung relativiert.

Die öffentlich geförderte berufliche Weiterbildung stellt aber nur eine Seite der Medaille dar. Mit dem Transformationsprozeß, der unter dem puristischen Etikett vom „Plan zum Markt“ seine Umsetzung fand, sind zugleich auch die drängenden Strukturprobleme im System der beruflichen Weiterbildung erneut

auf die Tagesordnung gesetzt worden. Dies betrifft insbesondere die Vielzahl von unübersichtlichen Regelungswerken und gesetzlichen Zuständigkeiten. Der Regulierungs- und Steuerungsbedarf der beruflichen Weiterbildung ist aufgrund der Komplexität des Gegenstandsbereichs und der differenzierten Aufgabenstellungen sicherlich nicht mehr ausschließlich über verstärkte staatliche Kontrolle und Intervention zu lösen, vielmehr ist auf Kooperation und synergetische Effekte zu setzen. Komplementär zur Revision der beruflichen Weiterbildung in der öffentlich finanzierten Arbeitsförderung ist es daher überfällig, die Diskussion über ein Rahmengesetz für Weiterbildung zu intensivieren, das z. B. öffentliche Verantwortung und die Finanzierung sicherstellt, Ansprüche auf Teilnahme umfassend regelt, Benachteiligungen und Zugangsbarrieren abbaut, Qualitätsstandards gewährleistet, Bildungsgänge flexibel gestaltet und Durchlässigkeiten über Zertifikate garantiert. Vielleicht könnte ein solches Rahmengesetz eine ganze Reihe von Einzelverordnungen überflüssig machen oder zumindest für eine Vereinheitlichung sorgen. Aus Sicht der Forschung ist aber kaum noch rational nachvollziehbar, der gegenwärtig vorrangig politisch-ideologisch motivierten Spar- und Regulierungsdiskussion zu folgen, die weder den Arbeitslosen noch den Beschäftigten, noch den Betrieben irgendwelche Perspektiven für die Bewältigung anstehender Probleme am Wirtschaftsstandort Deutschland eröffnet.

Wenn vom Transformationsprozeß in der Berufsbildung, also der beruflichen Aus- und Weiterbildung, erhofft wurde, organisatorische, institutionelle, curriculare, didaktisch-methodische oder förderungsrechtliche Reformimpulse zu erhalten, dann muß hier eine eher ernüchternde Bilanz gezogen werden: Seit mehr als einem Dezennium steht „der Beruf“ als Grundkonstrukt für berufliches Lernen in Aus- und Weiterbildung ebenso zur Debatte wie Lernortfragen oder Fragen der Lernorganisation; auch Fragen der Verzahnung von Aus- und Weiterbildung (Modularisierung, lebenslanges Lernen) sind offen, kapazitäre Engpässe und Übergangsprobleme werden deutlich, und nicht zuletzt kann man monieren, daß die Verortung der beruflichen Bildung im Rahmen des Gesamtbildungssystems unbefriedigend ist. Nimmt man das Experimentierfeld „Curriculumentwicklung und didaktisch-methodische Reorientierungen“ (Lernfeldorientierung, Lernen im Prozeß der Arbeit, Schnittstellen zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung, handlungsorientierte Verfahren und das Konstrukt der Schlüsselqualifikationen) hinzu, dann hätte man erwarten dürfen, daß der Transformationsprozeß ein unter fachwissenschaftlicher Leitung stehender Reform- und Suchprozeß hätte werden können, mit dem die anstehenden offenen Fragen näherungsweise einer Klärung zuzuführen gewesen wären. Nachdem aber die Aus- und Weiterbildung maßgeblich sozial- und arbeitsmarktpolitischen sowie ideologischen Gesichtspunkten untergeordnet war, wurde der Ertrag für eine inhaltliche und strukturelle Konsolidierung des Berufsbildungssystems so ausgesprochen dürftig, wie wir es dargestellt haben.

Literatur

- ACHTEL, K.: Zur beruflichen Bildung Erwachsener in der ehemaligen DDR. In: H. PÜTZ (Hrsg.): *Innovationen in der beruflichen Bildung*. Berlin/Bonn 1992, S. 245–251.
- AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.): *Berufliche Weiterbildung als Faktor der Regionalentwicklung*. Hannover 1993.
- ALT, C./HOLZ, H./SCHOLZ, D. (Hrsg.): *Entwicklung und Umsetzung regionaler Qualifizierungsstrategien*. Berlin/Bonn 1995.
- ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN IN DER SPD (Hrsg.): *Das 500 000-Job-Gesetz. SPD-Bundestagsfraktion legt neues Arbeits- und Strukturförderungsgesetz vor*. Bonn 1995.
- ARBEITSKREIS AFG-REFORM (Hrsg.): *Memorandum für ein neues Arbeitsförderungsgesetz*. Düsseldorf 1994.
- AUTSCH, B./BRANDES, H./WALDEN, G.: *Bedingungen und Aufgaben bei der Umgestaltung des Berufsbildungssystems in den neuen Bundesländern*. Berlin/Bonn 1991.
- BACH, W.: 25 Jahre Arbeitsförderungsgesetz – ein Grund zum Feiern? In: *Sozialer Fortschritt* 43 (1994) 6, S. 133–140.
- BAETHGE, M.: Die vielfältigen Widersprüche beruflicher Weiterbildung. In: *WSI-Mitteilungen* 45 (1992) 6, S. 313–321.
- BAETHGE, M./ANDRETTA, G./NAEVECKE, S./ROSSBACH, U./TRIER, M.: *Die berufliche Transformation in den neuen Bundesländern*. Münster/New York 1996.
- BARDELEBEN, R. v./GNAHS, D./KREKEL, E./SEUSING, B. (Hrsg.): *Weiterbildungsqualität*. Bielefeld 1995.
- BAUR, M./KÜHNERT, U./SCHWEGLER-ROHMEIS: Zum Funktionswandel von Arbeitsförderungsgesellschaften anhand ihrer bisherigen Entwicklung im Land Brandenburg. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 28 (1995) 4, S. 492–502.
- BAYER, M./DOBISCHAT, R./KOHSEK, R. (Hrsg.): *Stand und Perspektiven der beruflichen Weiterbildung nach dem SGB III*. Frankfurt a.M. 1999.
- DIES.: (Hrsg.): *Die Zukunft der AFG/AFRG-geförderten beruflichen Weiterbildung. Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch III*. Frankfurt a.M. 1998.
- BENZENBERG, I.: *Netzwerke als Regulations- und Aktionsfeld der beruflichen Weiterbildung. Konzepte, Erfahrungen und Perspektiven*. Bochum 1998.
- BLANKE, B./WOLLMANN, H. (Hrsg.): *Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel*. Opladen 1991.
- BLASCHKE, D./KOLLER, M./KÜHLEWIND, G./MÖLLER U./STOOS, F.: *Qualifizierung in den neuen Bundesländern*. Nürnberg 1990.
- BLASCHKE, D./NAGEL, E.: Beschäftigungssituation von Teilnehmern an AFG-finanzierter beruflicher Weiterbildung. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 28 (1995) 2, S. 195–213.
- BLIEN, U./HIRSCHAUER, F.: Weder Konvergenz noch Mezzogiorno – Zur Entwicklung regionaler Disparitäten in Ostdeutschland. In: *Beschäftigungsobservatorium Ostdeutschland* Nr. 3, 1995, S. 14–17.
- BOLDER, A.: Widerstand gegen Weiterbildung – ein Lehrstück über blinde Flecken sozialwissenschaftlicher Forschung. In: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 17 (1994) 3, S. 199–213.
- BOSCH, G.: Qualifizieren statt Entlassen. Beschäftigungspläne in der Praxis. Opladen 1990.
- DERS.: Wenn Personalabbau droht. In: *WSI-Mitteilungen* 48 (1995) 7, S. 422–430.
- BRAUNEBURGER, S.: Verträge zur deutschen Einheit. In: W. WEIDENFELD/K.-R. KORTE (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Einheit*. Bonn 1993, S. 667–682.
- BRINKMANN, C.: Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland: eine Zwischenbilanz nach fünf Jahren Transformation. In: *Beschäftigungsobservatorium Ostdeutschland* Nr. 3, 1995, S. 4–9.
- BRINKMANN, C./HILLER, K./VÖLKER, B.: Zur Entwicklung von Beschäftigungsgesellschaften in Ostdeutschland. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 28 (1995) 4, S. 479–491.
- BRINKMANN, C./WIEDEMANN, E.: Arbeitsmarktrisiken im ostdeutschen Transformationsprozeß: Ergebnisse des Arbeitsmarkt-Monitors 1989 bis 1994. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 28 (1995) 3, S. 323–338.
- BRÖKER, A./DOBISCHAT, R./LIPSMEIER, A./DÜSSELDORFF, K./HUEBNER, C./KLASEN, F.: *Institutionell-strukturelle Reorganisation beruflicher Weiterbildung unter den Rahmenbedingungen des Arbeitsförderungsgesetzes im Kontext regionaler Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern*. Karlsruhe/Duisburg 1995.
- BUTTLER, F.: Wie weit reicht die Brückenfunktion der Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland? In: *WSI-Mitteilungen* 45 (1992) 11, S. 721–728.
- DERS.: *Berufliche Weiterbildung als öffentliche Aufgabe*. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 27 (1994) 1, S. 33–42.

- DIETRICH, R.: Das System beruflicher Erwachsenenbildung in der ehemaligen DDR mit Ausblick auf künftige Strukturprobleme in den neuen Bundesländern. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 24 (1991) 2, S. 432–439.
- DOBISCHAT, R.: Analysen und Perspektiven regionalisierter Berufsbildungsforschung. In: *AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG* 1993, S. 8–31.
- DERS.: Berufliche Weiterbildung im Arbeitsförderungsgesetz – Erfahrungen aus dem Transformationsprozeß in den neuen Ländern. In: *ders./R. ARNOLD/B. OTT* 1997, S. 67–84.
- DERS./ARNOLD, R./OTT, B. (Hrsg.): *Weiterungen der Berufspädagogik. Von der Berufsbildungstheorie zur internationalen Berufsbildung*. Stuttgart 1997.
- DERS./HUSEMANN, R.: Berufliche Weiterbildung im Spannungsfeld betrieblicher und außerbetrieblicher Strukturen in den neuen Ländern. Beschleunigte Segmentationstendenzen in den Beschäftigungschancen. In: *WSI-Mitteilungen* 45 (1992) 6, S. 348–355.
- DIES.: Berufliche Weiterbildung als regionalpolitischer Innovationspfad in den neuen Ländern. In: *AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESKUNDE* 1993, S. 111–128.
- DIES. (Hrsg.): *Berufliche Weiterbildung als freier Markt? Regulationsanforderungen der beruflichen Weiterbildung in der Diskussion*. Berlin 1995.
- DIES. (Hrsg.): *Berufliche Bildung in der Region. Zur Neubewertung einer bildungspolitischen Gestaltungsdimension*. Berlin 1997.
- DOBISCHAT, R./LIPSMER, A.: Betriebliche Weiterbildung im Spannungsfeld von Technikanwendung, Qualifikationsentwicklung und Personaleinsatz. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 24 (1991) 2, S. 344–350.
- DOBISCHAT, R./NEUMANN, G.: Betriebliche Weiterbildung und staatliche Qualifizierungsoffensive. In: *WSI-Mitteilungen* 40 (1987) 10, S. 599–607.
- DIES.: Qualifizierungsoffensive in wessen Interesse? In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 16 (1987) 1, S. 6–13.
- DIES.: Qualifizierungs- und beschäftigungspolitische Perspektiven in den fünf neuen Bundesländern. In: *Gewerkschaftliche Bildungspolitik* 42 (1991) 4, S. 1–84.
- DÖRING, P.A./WEISHAUPT, H./WEISS, M. (Hrsg.): *Bildung in sozioökonomischer Sicht*. Köln/Wien 1989.
- DÜSSELDORFF, K.: *Untersuchungen zur beruflichen Weiterbildung in der Transformation vom Plan zum Markt*. Bochum 1997.
- DUNKEL, M.: *Fortbildung und Umschulung unter Transformationsbedingungen*. Frankfurt a.M. u.a. 1997.
- FAULSTICH, P.: Situation und Perspektiven der Weiterbildung in den „alten“ und „neuen“ Bundesländern. In: *Gewerkschaftliche Bildungspolitik* 43 (1992) 11, S. 262–267.
- DERS.: *Weiterbildung in den „fünf neuen Ländern“ und Berlin*. Düsseldorf 1993.
- FISCHER, B.-R.: *Bildung*. In: *WEIDENFELD/KORTE* 1993, S. 55–63.
- FRIEBEL, H. u.a.: *Der gespaltene Weiterbildungsmarkt und die Lebenszusammenhänge der Teilnehmer/-innen*. In: *ders. u.a. (Hrsg.): Weiterbildungsmarkt und Lebenszusammenhang*. Bad Heilbrunn 1993, S. 1–53.
- DERS. u.a. (Hrsg.): *Weiterbildungsmarkt und Lebenszusammenhang*. Bad Heilbrunn 1993.
- FUCHS, H.-W./REUTER, L.R. (Hrsg.): *Bildungspolitik seit der Wende. Dokumente zum Umbau des ostdeutschen Bildungssystems 1989–1994*. Opladen 1995.
- DIES.: Vom einheitlichen sozialistischen Bildungssystem der DDR zum pluralistischen Bildungswesen der ostdeutschen Länder. In: *Dies.* 1995, S. 11–41.
- GEISSLER, K.A.: Das Duale System hat keine Zukunft. In: *Leviathan* 19 (1991) 1, S. 68–77.
- GEMEINSAME BILDUNGSKOMMISSION: *Ergebnisse der konstituierenden Sitzung vom 16. Mai 1990*. In: *FUCHS/REUTER* 1995, S. 207–210.
- DIES.: *Ergebnisse der zweiten Sitzung vom 21. Juni 1990 (Auszug)*. In: *FUCHS/REUTER* 1995, S. 212–214.
- DIES.: *Ergebnisse der dritten und abschließenden Sitzung vom 26. September 1990 (Auszug)*. In: *FUCHS/REUTER* 1995, S. 220–225.
- GREINERT, W.-D.: Hat das duale System der Berufsausbildung seine Zukunft bereits hinter sich? In: *Berufsbildung* 46 (1992) 2, S. 69–72.
- GRÜHN, D./HEERING, W.: Technologische Modernisierung und ökonomische Umstrukturierung der ehemaligen DDR. Erste Ergebnisse einer Vorstudie. In: *W. GLATZER (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. (25. Deutscher Soziologentag) Opladen 1991, S. 571–575*.
- GRÜNERT, H.: *Kommentierte Literaturübersicht zur Transformationsforschung*. Berlin 1993.
- HAMM-BRÜCHER, H.: *Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz*. Köln 1996.
- HEINELT, H./BOSCH, G./REISSERT, B. (Hrsg.): *Arbeitsmarktpolitik nach der Vereinigung*. Berlin 1994.
- H. HEINELT/M. WECK: *Arbeitsmarktpolitik. Vom Vereinigungskonsens zur Standortdebatte*. Opladen 1998.

- HEIDENREICH, M. (Hrsg.): Krisen, Kader, Kombinate. Kontinuität und Wandel in ostdeutschen Betrieben. Berlin 1992.
- HERBERTZ, W./LICHTE, R./APEL, H./KOCH, J./KÖCHER, W.: Regionale Qualifizierungszentren – Akteure im regionalen Strukturwandel. Berlin/Bonn 1994.
- HILD, P.: ABS-Gesellschaften – eine problemorientierte Analyse bisheriger Befunde. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 28 (1995) 4, S. 503–515.
- HÖRNER, W.: Schule und Arbeitswelt in Deutschland-Ost und Deutschland-West. Polytechnische Bildung oder duale Berufsausbildung? In: Jahrbuch Bildung und Arbeit 97, Transformation und Tradition in Ost und West. Opladen 1997, S. 138–161.
- HÜBLER, O.: Berufliche Weiterbildung und Umschulung in Ostdeutschland – Erfahrungen und Perspektiven. In: F. PFEIFFER/W. WINFRIED (Hrsg.): Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg. Baden-Baden 1998, S. 97–132.
- HÜBNER, W./BENTRUP, U.: Regionalisierung von Weiterbildungsprozessen. Berlin 1995.
- HUSEMANN, R.: Erwachsenenbildung im Transformationsprozeß. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 92 (1996) 4, S. 380–399.
- KELLER, B.: Einführung in die Arbeitspolitik. München/Wien 1993.
- KLEMM, K./BÖTTCHER, W./WEGEN, M.: Bildungsplanung in den neuen Ländern. Weinheim/München 1992.
- KLOAS, P.-W.: Modulare Weiterbildung im Verbund mit Beschäftigung. Arbeitsmarkt- und bildungspolitische Aspekte eines strittigen Ansatzes. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 25 (1996) 1, S. 39–46.
- KNUTH, M.: Drehscheiben im Strukturwandel. Agenturen für Mobilitäts-, Arbeits- und Strukturförderung. Berlin 1996.
- DERS.: ABS-Gesellschaften zwischen Abbau und Aufbau. In: WSI-Mitteilungen 48 (1995) 7, S. 438–443.
- KNÖCHEL, W./TRIER, M.: Arbeitslosigkeit und Qualifikationsentwicklung. Perspektiven der beruflichen Weiterbildung in einer Gesellschaft im Übergang. Münster/New York 1995.
- KORTE, K.-R./WEIDENFELD, W.: Deutsche Einheit. In: dies. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Bonn 1993, S. 130–139.
- KÜHL, J.: Das Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) von 1969. Grundzüge seiner arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Konzeption. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 15 (1982) 3, S. 251–260.
- DERS.: Arbeitsmarktpolitik unter Druck: Arbeitsplatzdefizite und Kräftermangel im Westen, Beschäftigungskatastrophe im Osten: In: BLANKE/WOLLMANN 1991, S. 482–501.
- KURZ-SCHERF, I./MAHNKOPF, B.: Innerbetriebliche Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Qualifizierung aus der Sicht der Beschäftigten. Berlin 1993.
- KUTSCHA, G.: Das Duale System – Noch ein Modell mit Zukunftschancen? Thesen zur Reformfähigkeit im Verbund von beruflicher Aus- und Weiterbildung. In: DOBISCHAT/ARNOLD/OTT 1997, S. 140–152.
- LAMPERT, H.: 20 Jahre Arbeitsförderungs-gesetz. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 22 (1989) 2, S. 173–186.
- LIPSMEIER, A.: Curriculare und didaktisch-methodische Besitzstände unter den Bedingungen eines Systemwechsels. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 91 (1995) 2, S. 113–116.
- LIPSMEIER, A./DOBISCHAT, R./DÜSSELDORFF, K./HUEBNER, C.: Curriculare und didaktisch-methodische Aspekte von beruflicher Weiterbildung im Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern. Karlsruhe/Duisburg 1995.
- LUTZ, B.: Betriebe im realen Sozialismus als Lebensraum und Basisinstitution. In: SCHMIDT/LUTZ 1995, S. 135–158.
- MÄTZKE, M.: Wirkungen arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Berlin 1995.
- MEIER, A.: Die Probe aufs Exempel: Weiterbildung im sozialen Strukturwandel Ostdeutschlands. In: MEIER/RABE-KLEBERG 1993, S. 183–198.
- MEIER, A./RABE-KLEBERG, U. (Hrsg.): Weiterbildung, Lebenslauf, sozialer Wandel. Neuwied/Kriftel/Berlin, 1993.
- MÖLLEMANN, J.: „Bildungspolitik ohne Kleinstaaterei“. Interview in: Lernfeld Betrieb 30 (1990) 1, S. 9.
- MÜLLER, K.: Der osteuropäische Wandel und die deutsch-deutsche Transformation. Zum Revisionsbedarf modernisierungstheoretischer Erklärungen. In: SCHMIDT/LUTZ 1995, S. 1–42.
- NEUMANN, G./SPIES, B.G.: Ansätze betriebsbezogener Arbeitsmarktpolitik. In: WSI-Mitteilungen, (1995) 7, S. 431–438.
- ORTLEB, R.: Zwischenbilanz und Perspektiven der beruflichen Bildung in den neuen Ländern. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 20 (1991) Sonderheft, S. 3–11.

- PFEIFFER, F./POHLMEISTER, W. (Hrsg.): Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg. Baden-Baden 1998.
- PÜTZ, H. (Hrsg.): Innovationen in der beruflichen Bildung. Berlin/Bonn 1992.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR): Jahresgutachten 1990/1991. Stuttgart/Mainz 1990.
- SANDSCHNEIDER, E.: Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung. Opladen 1995.
- SAUTER, E.: Handlungsebenen der Weiterbildung. Überregionale Ordnungselemente für eine regionale Gestaltung beruflicher Weiterbildung. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG 1993, S. 44–62.
- DERS.: Berufliche Weiterbildung im Transformationsprozeß. Fortbildung und Umschulung nach der 10. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 42 (1994) 3, S. 345–358.
- DERS.: Berufliche Weiterbildung im Arbeitsförderungsgesetz (AFG). Entwicklung und neue Orientierungen. In: Grundlagen der Weiterbildung (GdW-Praxishilfen) Neuwied 1995, S. 1–19.
- SCHLAFFKE, W./WEISS, R. (Hrsg.): Vom Plan zum Markt. Berichte zur Bildungspolitik des Instituts der deutschen Wirtschaft. Köln 1993.
- SCHMID, G.: Reorganisation der Arbeitsmarktpolitik. Märkte, Politische Steuerung und Netzwerke der Weiterbildung für Arbeitslose in der Europäischen Union. Berlin 1994.
- DERS.: Reform der Arbeitsmarktpolitik. Vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum kooperativen Sozialstaat. In: WSI-Mitteilungen 49 (1996) 10, S. 629–641.
- SCHMIDT, R./LUTZ, B. (Hrsg.): Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland. Berlin 1995.
- SCHWARZ, R./ALBACH, H.: Der Transfer von Fachkräften. In: WZB-Mitteilungen 1994, H. 64, S. 36–38.
- SEIFERT, H. (Hrsg.): Reform der Arbeitsmarktpolitik. Köln 1995.
- SIEBERT, H. (1994): Ostdeutsche Erwachsenenbildung – aus westdeutscher Sicht oder: Von der Bildungspflicht zur Qualifizierungsnotwendigkeit. In: I. DERICHS-KUNSTMANN/C. SCHIERSMANN/R. TIPPELT (Hrsg.): Perspektiven und Probleme der Erwachsenenbildung in den Neuen Bundesländern. Frankfurt a.M. 1994, S. 35–51.
- STRATMANN, K./SCHLÖSSER, M.: Das Duale System der Berufsbildung. Eine historische Analyse seiner Reformdebatten. Gutachten für die Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“ des Deutschen Bundestages. Frankfurt a.M. 1990.
- THIELE, G.: Osteuropa im Wandel. Zur Reform der Bildungssysteme. In: SCHLAFFKE/WEISS 1993, S. 80–87.
- WAGNER, H.: Einige Theorien des Systemwandels im Vergleich – und ihre Anwendbarkeit für die Erklärung des gegenwärtigen Reformprozesses in Osteuropa. In: J. BACKHAUS (Hrsg.): Systemwandel und Reform in östlichen Wirtschaften. Marburg 1991, S. 17–39.
- WAHSE, J./BERNIEN, M.: Betriebliche Weiterbildung in ostdeutschen Unternehmen. Berlin 1994.
- WAHSE, J./DAHMS, V./SCHÄFER, R./KÜHL, J.: Beschäftigungsperspektiven von privatisierten Unternehmen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 29 (1996) 1, S. 106–116.
- WEBBER, D.: Zwischen programmatischem Anspruch und politischer Praxis: Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1974 bis 1982. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 15 (1982) 3, S. 261–275.
- WEGGE, M.: Qualifizierungsnetzwerke. Opladen 1996.
- WEIDENFELD, W./KORTE, K.-R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Bonn 1993.
- WEISS, R. u.a.: Innerbetriebliche Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Qualifizierung aus Unternehmenssicht. Berlin 1993.
- DERS.: Transformation durch betriebliche Weiterbildung. In: SCHLAFFKE/WEISS 1993, S. 59–78.
- WINDSCHEID, H.-B.: Von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft. In: SCHLAFFKE/WEISS 1993, S. 230–234.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Rolf Dobischat, Universität Duisburg, Wirtschaftspädagogik/Betriebliche Aus- und Weiterbildung, Lotharstr. 65, 47084 Duisburg, E-Mail: Dobischat@uni-duisburg.de